

HAMBURGER OSTERMARSCH



**Abrüstung
statt
Sozialabbau!**

**Für eine
Friedensstadt Hamburg**

Ostermontag, 17. April 2006

12 Uhr Auftakt: Friedenskirche (Otzenstraße) Altona

11.30 Uhr Friedensandacht in der Friedenskirche

14 Uhr: Friedensfest Großneumarkt

Livemusik • Rezitation • Reden • Essen und Trinken • Infostände

Abrüstung statt Sozialabbau! Für eine Friedensstadt Hamburg!

Die große Koalition setzt die Politik der vorigen Regierung fort: Kürzungen im Sozialbereich bei gleichzeitiger Umrüstung der Bundeswehr für weltweite Einsätze mit milliardenschweren Rüstungsprojekten. Deshalb demonstrieren wir Ostern für *Abrüstung statt Sozialabbau*. Wir wollen keine Bundeswehr, die sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt, wie 1999 gegen Jugoslawien und seit 2001 in Afghanistan. Wir wollen keine Angriffsarmee, die weltweit den Zugang zu Rohstoffen und Märkten erzwingen soll. Deshalb fordern wir: Schluss mit der Umrüstung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee, Beendigung aller Auslandseinsätze, Abrüstung der Bundeswehr, bis zu ihrer Abschaffung, und Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel für Bildung, Arbeit und Soziales.

Gegen Demokratieabbau

Unter Hinweis auf den Antiterrorkampf werden die demokratischen Grundrechte zunehmend eingeschränkt. Deswegen demonstrieren wir für Frieden und Demokratie und gegen eine erneute Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern.

Für Frieden im Irak – keine Ausweitung des Krieges

Vor drei Jahren haben die USA und Großbritannien den Irak mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überzogen, um sich den Zugriff auf dessen Ressourcen und die Vorherrschaft im ölfreien Nahen Osten zu sichern. Unter Verletzung der Menschenrechte und dem Vorwand des Krieges gegen den Terror halten sie das Land besetzt. Doch Terror lässt sich nicht durch Krieg überwinden, Krieg

ist selbst Terror und erzeugt neuen Terror. Deshalb demonstrieren wir für das Ende der Besetzung des Irak und gegen deren Unterstützung durch die Bundesregierung. Deutschland darf nicht weiter als logistische Basis für Kriegseinsätze und Geheimdienstaktionen der USA dienen. Wir warnen eindringlich vor der immer wieder angedrohten Ausweitung des Krieges auf Syrien oder den Iran. Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!



Sechzig Jahre nach Hiroshima und Nagasaki bedrohen immer noch 27.000 Atomsprenkköpfe die Menschheit, streben immer mehr Staaten nach Atomwaffenbesitz, haben die USA eine neue, gefährliche atomare Erstschlagstrategie entwickelt. Die Bundesrepublik darf sich nicht an der völkerrechtswidrigen Atomwaffenpolitik der Nato beteiligen. Deswegen fordern wir von der Bundesregierung, die *nukleare Teilhabe* an den US-Atomwaffen aufzugeben und den Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik durchzusetzen.

Gegen eine ungerechte Weltordnung

Eine Milliarde Menschen leben in bitterer Armut, ohne gesicherte Ernährung und Zugang zu sauberem Wasser. Jährlich sterben 5 Mio. Kinder an Unterernährung. Armut ist häufig Ursache von Krieg und

Krieg Ursache von Armut. Eine ungerechte, von den reichen Nationen erzwungene Wirtschaftsordnung verhindert die Überwindung von Armut. Kaum ein Land leistet Entwicklungshilfe in der von der UNO beschlossenen Höhe, aber viele – auch die Bundesrepublik – exportieren Waffen, auch an Diktatoren. Krieg und Armut sind die Ursache für Flucht und Migration. Dagegen schotten sich die reichen Länder immer brutaler ab. Muslime werden unter den Generalverdacht des Terrorismus gestellt. Wir fordern stattdessen: Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl, Bleiberecht für alle bei uns lebenden Flüchtlinge, Entwicklungshilfe statt Aufrüstung und Waffenexport.

Für eine Friedensstadt Hamburg

Mit dem Kriegsschiffwerftenverbund ThyssenKrupp, dem Airbuswerk Finkenwerder, der Führungsakademie und der Universität der Bundeswehr ist Hamburg ein wichtiger Militär- und Rüstungsstandort und ein bedeutender Umschlagplatz für unverändert hohe Rüstungsexporte, häufig abgesichert durch die Hermes Kreditversicherung mit Sitz in Hamburg. Wir treten ein gegen Rüstungsexporte und rufen auf zu einem Ostermarsch für eine Friedensstadt Hamburg. Hamburg darf nicht zum Ort für Militärverherrlichung und Kriegsverharmlosung werden. Das aber droht durch das Marinemuseum des Herrn Tamm, das mit 30 Mio. Euro aus dem Hamburger Haushalt eingerichtet werden soll. Senat und Bürgerschaft sind in der Verantwortung, das zu verhindern, und wir sind gefordert, sie dahin zu drängen!

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Akademiker Initiative e.V. • Angela Altmann, Geigenlehrerin • AnwohnerInneninitiative Jarrestadt • Assoziation Marxistischer StudentInnen • Hans Heinrich Beerbaum, ver.di • Dr. Hans-Jürgen Benedict • Horst Bethge, Landessprecher Linkspartei • PädagogInnen für den Frieden • Walter Bräker, FI NaturFreunde • Willi-Bredel-Gesellschaft-Geschichtswerkstatt e.V. • Bündnis gegen Imperialistische Aggression • André Buschmann, Vors. KPD (B) Hamburg • Deutscher Freidenker-Verband e.V. LV Nord • Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V., Regionalgruppe Hamburg • DFG-IdK • DFG-VK Hamburg-Schleswig-Holstein • DFG-VK Bad Oldesloe • DFG-VK Kiel • DKP Hamburg • Ekke u. Hanna Fetkötter • FI Bergedorf • FI Bramfeld • FI NaturFreunde Hamburg • FI Nordheide • FI Rissen • FI Winterhude - Für den Frieden - Für das Leben • FI Wilhelmsburg • Flüchtlingsrat Hamburg • Folkgruppe Rotdorn • Freie Humanisten Hamburg e.V. • Doris Gercke, Autorin • Friedenswerkstatt Wedel • Dorothea u. Bernhard Gerstmeier • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hamburg • Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Frieden • Gerda und Rudi Griebner • Hamburger Bündnis gegen Rechts • Hamburger NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Natur“ • Olaf Harms, BR-Vors., ver.di • Lühr Henken • Hans-Heinrich Hinrichsen, stellvert. Landesvors. NaturFreunde Hamburg • Helgrid Hinze, Privatlehrerin • Helene Hohmeier, FI Naturfreunde • AStA der HWP (im Exil) • IPPNW „Ärzte gegen Atomkrieg“ • Günther Kahl, Architekt • Erika Kaptein, Rentnerin • Karawane Hamburg • Carola Kieras • Renate und Dr. Wolfgang Kirstein • Karin Kleinholz • Eva Kowalski-Stasiak • KPD (B) Hamburg • Andrea Krieger, Soz. Päd. • Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ • Kurdistan Volkshaus e.V. • Lesbenverein Intervention e.V. • Linkspartei.PDS, Hamburg • Dr. Manfred Lotze • Peter May, Theater IMAGO • Holger Meyer • NaturFreunde Hamburg • AG Ökologie & Globalisierung von Attac Hamburg • Sinan Özbolat, DİDF • Prof. Dr. Norman Paech, MdB • Peggy Parnass • Thea Rann, DKP • Maria Rave • Regenbogen – Für eine neue Linke • Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale • Monika Rieger, Lektorin • Robin Wood e.V. • Kamal Salehezadeh, Dozent Uni HH • Tina Sanders, AMS • Uwe Scheer • Peter Schenzer, Sozialarbeiter • Gerd Schneiderei • SDAJ Hamburg • Uta Segler, VVN • Solidarische Kirche Nordelbien • Dr. Anna Staufenbiel-Wandschneider, Ärztin • VVN-BdA Hamburg e.V. • Sönke Wandschneider, Pastor i.R. • WASG – Die Wahlalternative Hamburg • Jan Weißbrodt, FI Dulsberg • Dirk Wilke, BR-Vors., ver.di • Kourosh Yekta, AG Menschenrechte in Attac HH

Fakten und Positionen zur Friedenspolitik

Keinen Krieg gegen den Iran!

Angesichts der Zuspitzung im Streit um das Atomprogramm des Iran hat eine bundesweite Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Kassel im Februar folgende Eckpunkte für eine Lösung vorgelegt:

- Es gibt kein politisches Ziel, das einen Angriffskrieg rechtfertigt. Das Gewaltverbot der UN-Charta muss auch von den Großmächten eingehalten werden.
- Kein Krieg gegen Iran! Kooperation statt Eskalation. Stopp aller Kriegsvorbereitungen gegen Iran. Beendigung aller direkten oder indirekten Drohungen gegen Israel.
- Der Atomwaffensperrvertrag muss eingehalten werden. Der Iran wird aufgefordert, seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde fortzusetzen und Inspektionen weiter zuzulassen.
- Der Atomwaffensperrvertrag muss auch von den Atomwaffen besitzenden Staaten eingehalten werden. Das heißt: Atomwaffen müssen abgerüstet werden.
- Entschärfung des Konflikts zwischen dem Iran und anderen Regionalmächten durch Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten, wie es die Resolution der Atomenergiebehörde vom 5. Februar 2006 vorsieht.
- Keine deutsche Beteiligung an einer Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran. Jede völkerrechts- und grundgesetzwidrige Kriegsvorbereitung wäre ein Fall für den Generalbundesanwalt. Die Bundesregierung sollte gegenüber der US-Regierung klarstellen, dass auch die US-amerikanischen Militärbasen in Deutschland nicht für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen.

Abrüstung statt Sozialabbau!

In allen öffentlichen Bereichen wird rigoros gekürzt, allein in Hamburg 1,25 Mio. Euro bei Lehr- und Lernmitteln, vier bei der Beschäftigungsförderung und zehn Mio. Euro in der Arbeitsmarktförderung. Gekürzt wird bei den Frauenhäusern, der Volkshochschule, Klassenfahrten und Freilichtschulen, bei der Suchtberatung, Spielplätzen und Schwimmhallen, ebenso bei Personal und Ausstattung im öffentlichen Dienst. Die große Koalition in Berlin hat sich auch schon auf Einsparungen in Milliardenhöhe festgelegt. Demgegenüber stehen gigantische Summen zur weiteren Aufrüstung des Militärs für weltweite Einsätze. Der offizielle Wehretat beträgt

in diesem Jahr 23,94 Mrd. Euro und soll bis 2009 jährlich um 300 Mio. Euro steigen – nahezu allein durch Mehrausgaben für neue Waffen. Abrüstung tut also Not!

Die Bundeswehr rüstet für den weltweiten Einsatz – Kosten 75 Mrd. Euro

In diesem Jahr beginnt die Bundeswehr mit der radikalsten Umstrukturierung ihrer fünfzigjährigen Geschichte: Bis 2010 wird sie in 35.000 Mann „Einsatzkräfte“ (davon 18.000 für die Schnellen Eingreiftruppen der NATO und 15.000 für jene der EU), 70.000 Mann „Stabilisierungskräfte“ sowie 210.000 Soldaten und ziviles Personal „Unterstützungskräfte“ unterteilt. Das Ziel: Weltweite Einsatz- und Angriffsfähigkeit. Umfangreiche Waffen- und Ausrüstungsprogramme wurden dafür aufgelegt, darunter 600 Marschflugkörper, 5 hochseefähige Korvetten, Kommunikations- und Spionagesatellitensysteme, 60 Military-Airbusse, 152 Transporthubschrauber, 80 Kampfhubschrauber, 410 Schützenpanzer, 180 Eurofighter, lasergeleitete 1000kg-Bomben, 3 Fregatten und U-Boote. Dafür sollen in den nächsten

zehn Jahren rund 75 Milliarden Euro ausgegeben werden. Die Bundeswehr will sich an sieben der zwölf EU-Battlegroups, der Speerspitze der Schnellen Eingreiftruppe, beteiligen. Sie stellt den größten Truppenanteil an der 25.000 Mann starken NATO-Eingreiftruppe, die binnen vierzehn Tagen an jedem Ort der Welt Krieg führen kann.



Hamburgs rigide Flüchtlingspolitik

Immer weniger Menschen, die vor Verfolgung, Folter, Krieg und Not fliehen, finden bei uns Zuflucht. An die Stelle des Grundrechts auf Asyl sind Abschreckung und Abschiebung getreten. Die „Residenzpflicht“, die Flüchtlingen untersagt, ohne besondere Erlaubnis das Bundesland zu wechseln, verstößt gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Die Hamburger Ausländerbehörde geht besonders rigide vor. In einem Fall wurde sogar ins Kriegsland Afghanistan abgeschoben, obwohl ein Gericht die Abschiebung ausgesetzt hatte. An der Tagesordnung ist, dass Familien, die seit vielen Jahren hier leben, in Nacht- und Nebelaktionen ohne anwaltliche Einspruchsmöglichkeiten gewaltsam abgeschoben werden. Hamburg organisiert Sammelabschiebungen von Flüchtlingen anderer Bundesländer, auch in Diktaturen wie Togo. Die nächste Sammelabschiebung dorthin ist für die vierte Aprilwoche geplant. Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge werden mit fragwürdigen Gutachten zu Erwachsenen erklärt, um Kosten für Bildung und jugendgerechte Unterbringung zu sparen. Die Hamburger Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge soll ins mecklenburgische Horst verlagert werden. Das Zwangssystem Lager unterwirft die Flüchtlinge ständiger Kontrolle und verhindert Außenkontakte. Als „völlig inakzeptabel“ hat das Anti-Folter-Komitee des Europarats die Verhältnisse für Abschiebehäftlinge im Hamburger Untersu-





Foto: Christiane Schneider

chungsgefängnis bezeichnet: 23 Stunden in der Zelle eingeschlossen, nur 30 Minuten Besuchszeit in vierzehn Tagen, Postzensur, kein Fernseher, keine Bücher.

„Mayors for Peace“: Atomwaffen abschaffen!

Die weltweite Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für Frieden) zur Abschaffung aller Atomwaffen wurde 1982 von den Bürgermeistern Hiroshimas und Nagasakis gegründet, den Städten, die 1945 Opfer der menschenverachtenden US-Atomwaffenabwürfe wurden. Ihr Ziel ist die Abschaffung aller Atomwaffen. Sie setzt sich dafür ein, dass bis 2020 die letzte Atombombe verschrottet ist. Weltweit haben sich ihr inzwischen 1036 Bürgermeister aus 112 Ländern angeschlossen (www.atomwaffenfrei.de), in Deutschland

– parteiübergreifend – allein 270. Ole von Beust, erster Bürgermeister Hamburgs, hat auf die Aufforderung der Friedensinitiative Bramfeld, sich an dieser weltweiten friedenserhaltenden Initiative zu beteiligen, negativ reagiert.

Hamburg – Zentrum der deutschen Kriegsschiffindustrie

Anfang 2004 entstand auf Steinwerder mit der ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) das Zentrum der deutschen Kriegsschiffindustrie. Diese Fusion von Blohm+Voss, den Nordseewerken Emden und HDW mit ihren Werften in Schweden und Griechenland hat einen europäischen Werftenverbund geschaffen, dessen Weltexportanteil bei Fregatten und Korvetten 65 % und bei U-Booten 70 bis 80 % beträgt. Hier wurde das Typschiff

der neuen Fregatten-Klasse F 124 entwickelt und gebaut: Die „Sachsen“, mit 700 Millionen Euro kostspieliger als die Queen Mary 2. Blohm+Voss hat auch die Federführung bei der Entwicklung und beim Bau von neuartigen Korvetten für die deutsche Marine, die speziell dafür entwickelt wurden, von Küstengewässern aus fremdes Land mit Marschflugkörpern beschießen zu können. Zu diesem aggressiven Konzept, das nichts mehr mit Landesverteidigung zu tun hat, passt auch der von Blohm+Voss vorgelegte Entwurf des nächsten Fregattentyps F 125, der ein schweres Geschütz und einen Raketenwerfer zum Landzielbeschuss erhalten soll. Die Verträge für vier dieser Schiffe sollen in diesem Jahr unterzeichnet werden.

Seit Jahren kämpft die Initiative FREIEHEIDE gegen die Pläne der Bundeswehr zur Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide in Brandenburg als Bombenabwurfplatz. In diesem Jahr hat der Bundesverteidigungsminister mit einem Eilantrag bei Gericht Druck für diese Pläne gemacht.

Wir unterstützen die Osteraktion der FREIEHEIDE:

**Ostersonntag, den 16. April 2006 um 14 Uhr in Fretzdorf,
Autobahn 24 (Hamburg-Berlin) Ausfahrt 21 (Herzprung)**